

Ausschuß für Kommunalpolitik

Protokoll

39. Sitzung (nicht öffentlich)

19. Januar 1994

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.00 Uhr bis 14.40 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Dr. Twenhöven (CDU)

Stenographin: Zinner

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz zur Änderung des Sparkassengesetzes und über den Zusammenschluß der Sparkassen- und Giroverbände

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 11/6047

Vorlage 11/2599

1

Auf Bitte des Abgeordneten Leifert (CDU) wird die Beratung über den Gesetzentwurf verschoben, bis die Auswertung der dazu durchgeführten Anhörung vorliegt.

2 Erweiterte Belegungsrechte für einkommensschwache Haushalte

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 11/5026

Vorlage 11/2458

2

Nach kurzer Diskussion wird der Antrag gegen die Stimme der Vertreterin der GRÜNEN abgelehnt.

3 Gesetz zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen - Mitbestimmungsgesetz NW

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 11/4929

in Verbindung damit:

Gesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 11/5019

und

Drittes Gesetz zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/5258

2

Kurze Diskussion.

4 Reform der Kommunalverfassung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zuschrift 11/3100

4

Der Ausschuß kommt überein, nach dem Beschluß des SPD-Parteitags in Bielefeld, die Doppelspitze abzuschaffen, gemeinsam ein Vorschaltgesetz zur vorübergehenden Regelung der Stellung des Gemeindedirektors und des Oberkreisdirektors einzubringen.

Er diskutiert über den Inhalt dieses Gesetzes und über das weitere Verfahren zur Beratung über die Gemeindeordnung.

5 Privatisierung der AbwasserbeseitigungAntrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 11/6232

11

Der Ausschuß kommt überein, den Antrag weiter zu behandeln, wenn die Beratung über die Gemeindeordnung abgeschlossen ist.

6 Bauen ohne GenehmigungsverfahrenAntrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 11/6065

12

Nach kurzer Diskussion erstattet LMR'in Sattler (MBW) über den aktuellen Stand des diesbezüglichen Gesetzesvorhabens Bericht.

7 Sondermüllentsorgung und StandortsucheAntrag der Fraktion der CDU
Drucksache 11/6123

14

Nach Diskussion und Bericht durch MD Dr. Pietrzeniuk (MURL) wird der Antrag gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

8 Gesetz zur Änderung des LandschaftsgesetzesGesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/6196

Die Behandlung des Gesetzentwurfs wird vertagt, bis die dazu durchgeführte Anhörung ausgewertet ist.

- kein Diskussionsprotokoll -

9 Verschiedenes

Vorsitzender Dr. Twenhöven gibt bekannt, daß am 20. Januar 1994 ein Gedankenaustausch mit einer Delegation des schwedischen Provinzverbandes und am 9. März 1994 ein Informationsgespräch mit einer neuseeländischen Delegation, die vom Städte- und Gemeindebund und dem Haus Bertelsmann nach Nordrhein-Westfalen eingeladen worden ist, vorgesehen sind. Er bittet die Sprecher der Fraktionen, ihre Beteiligung sicherzustellen.

Nächste Sitzung: 9. März 1994

* * *

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung wünscht **Vorsitzender Dr. Twenhöven** allen ein gutes neues Jahr und verleiht der Hoffnung Ausdruck, daß sich die Abgeordneten bei allen dieses Jahr anstehenden Auseinandersetzungen persönlich nicht voneinander entfernten.

Der **Ausschuß** gedenkt sodann des verstorbenen **Abgeordneten Wagner**.

Vorsitzender Dr. Twenhöven heißt als neues Ausschußmitglied **Abgeordneten Wilp** herzlich willkommen.

1 Gesetz zur Änderung des Sparkassengesetzes und über den Zusammenschluß der Sparkassen- und Giroverbände

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 11/6047

Vorlage 11/2599

Abgeordneter Leifert (CDU) bittet, die Behandlung des Gesetzentwurfs zu verschieben, bis die Auswertung der Anhörung vorliege. Seine Fraktion werde auch erst danach ihren Beschluß fassen.

Abgeordneter Wilmbusse (SPD) erklärt sich damit einverstanden, macht aber darauf aufmerksam, daß an dem für die abschließende Ausschußberatung vorgesehenen Tag gleichzeitig der Bundesparteitag der CDU stattfinde. Es müsse sichergestellt sein, daß der Gesetzentwurf termingerecht verabschiedet werden könne.

Abgeordneter Leifert (CDU) kündigt an, daß seine Fraktion die Regelung für die WestLB, die rückwirkend in Kraft treten solle, unterstützen werde, zu welchem Termin der Gesetzentwurf auch verabschiedet werde.